



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierfachjährlich 8,- Mk. — Anzeigen: die dreigesparte Petitselle 2,- Mk., Todes- und Versammlungsanzeigen die Seite 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitungsregister.

Für die Woche vom 6. bis 12. Februar 1921
die Beitragsmarke in das mit 7 bezeichnete
feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

In Naborst bei Oldenburg hat eine Mitgliederversammlung am 13. Januar die Erhöhung des wöchentlichen Lokalbeitrages von 10 Pf. auf 20 Pf. ab 1. Februar beschlossen.

Die Zahlstelle Hattingen hat den Lokalbeitrag von 10 Pf. auf 20 Pf. ab 1. Januar erhöht.

Die Zahlstelle Braunschweig erhebt von der 5. Belegswoche an einen wöchentlichen Lokalbeitrag in der 1. und 2. Klasse von 30 Pf., in der 4. und 5. Klasse von 50 Pf.

Die Zahlstelle Mühlhausen i. Th. erhöhte den Lokalbeitrag vom 24. Januar 1921 an auf 30 Pf.

Der Verbandsvorstand gibt hierzu seine Genehmigung.

Der Verbandsvorstand,
J. A.: E. Bucher, 1. Vors.

Ein „Sieg“ der Gewerkschaftserörter

Wenn nach Lenin „der Kapitalismus die Kinderanheit des Kommunismus“ ist, dann können wir, nach dem Resultat der Mitgliederversammlung vom 1. Januar in Berlin zu urteilen, konstatieren, daß auch Berlin bereits ein bestimmter Prozentsatz der Mitglieder von dieser kommunistischen Kinderkrankheit aufgestiegen ist. Wurde doch in dieser Versammlung von der kommunistischen Mehrheit eine Resolution zumutbar angenommen, welche den Anschluß an Rosa Luxemburg und zu allem Nebertum den Vorstand noch beauftragt, zu dem im Frühjahr dieses Jahres aufkommenden Kongreß der sozialen roten Gewerkschaftsinternationale einen Delegierten zu entsenden, in Antrag auf Urabstimmung, um auch den Kollegen, die durch Nacharbeit am Versammlungsbuch verhindert waren, die Gelegenheit zu geben, vor ihrem Überstimmungsrecht Gebrauch zu machen, wurde von sich bereits in revolutionärer Eiffase befindlichen kommunistischen Versammlungsmehrheit aus opportunistischen Gründen konsequent abgelehnt. Hierdurch dokumentierten unsere Versammlungskommunisten, daß sie selbst kein allzuarkes Vertrauen zu der „siegreichen Kraft des kommunistischen Gedankens“ hätten. Vorstehender kündigten sie deßhalb diesen Antrag nieder, um ihre Moskauer Revolution nicht den Gefahren einer Krabbe auszusetzen.

Durch die Annahme dieser Resolution wird an der Stellungnahme dessenjenigen Teils der Berliner Kollegenschaft, welcher in den Moskauer Grundsätzen nach wie vor eine Gefahr für die Gewerkschaften erhielt, absolut nichts geändert. Nach wie vor werden wir dem Kreis der Moskauer Richtung, die absolut unsere Gewerkschaften zu kommunistischen Parteikörpern nach russischem Muster umformen möchte, den stärksten Widerstand entgegensetzen. Mit aller Schärfe werden wir die Moskauer Richtung bekämpfen und rechnen hierbei auf die tatkräftige Unterstützung aller gleichgesinnten Kollegen, weil die Politik dieser Richtung, wenn auch nicht gleich zur Spaltung, dann aber ganz bestimmt zur Abspaltung in den Gewerkschaften führt. Der Kommunistenhauptling Brandt gab das in seinem Referat selbst zu. „Wir Kommunisten“, sagte er, „haben die S.P.D. geholt, wir haben die U.S.P.D. geholt und wir werden — auch die Gewerkschaften halten“ wurde ihm aus der Versammlung zugeworfen. Einen Moment stand die größte Versammlungskommission, über die die R.K.P.D. jüngst verfügt, um gleich darauf im tiefsten Niedermannstone fortzufezogen: „Wir wollen die Gewerkschaften umformen, revolutionieren. In einem halben Jahr“ rief er prophetisch in den Saal, „haben wir die Macht in den Gewerkschaften erobert und dann werden wir die Führer aus ihren Stellen herausnehmen. Wir werden die Führer zwingen, wieder zu arbeiten und wenn ihnen das nicht passt, dann mögen sie mit ihrem Anhang aus den Gewerkschaften austreten. Das ist dann aber keine Spaltung, sondern eine Abspaltung und das wollen wir, wir wollen die Führer abspalten“ usw.

Wenn diese Versammlungssphantasien eines Kommunistenführers zur rauen Wirklichkeit werden sollten, was aber fürs erste ganz ausgeschlossen erscheint, was dann? Wenn dann „die Elite des revolutionären Proletariats, der kommunistische Vorprung“, d. h. die neuen „Gewerkschaftsbönen“ von der R.K.P.D. ihre „bordersten Kampffestungen in die Reihen des Kampfenden (oder vielmehr sich befämpfenden) Proletariats bezogen haben, selbstverständlich gegen entsprechendes Gehalt, dann endlich können ja die „großen Aktionen“ ausgelöst werden. Und zwar in folgenden „Steigerungen“: Erst Befreiung der Betriebe und der Banken (empfohlen auf dem Parteitag der R.K.P.D.), dann Streik (damit die Massen aus den eben besetzten Betrieben wieder herauskommen, was eigentlich widervernünftig ist), dann Proteststreik, Sympathiestreik, der sich „auswirken“ muß bis zum Generalstreik. Wenn letzterer nicht hilft, dann kommt es eben zu den entscheidenden Machtkämpfen mit der Rasse in der Hand, kann Bürgerkrieg, Revolution, Sieg des Proletariats, Räterepublik!

Aber noch andere Wirkungen könnten ausgelöst werden. Wenn nämlich nach der kommunistischen „Eroberung“ der Gewerkschaften seitens der nicht-kommunistischen Arbeiter eine Massenflucht aus den kommunistischen Parteigewerkschaften eintreten würde, so daß zum Schlusse weiter nichts übrig bleibe als ein kleines Häuflein einer „revolutionären entzerrten Minderheit“. Was dann? Nun, dann ginge eben die ganze Spaltungsgeschichte wieder von vorne los! Die R.K.P.D. ist selbst durch Spaltung entstanden und kann sich nur durch ihre Spaltungskräfte existenzfähig erhalten. Die Kommunisten halten das Proletariat, um es wieder zu vereinigen“, schreibt erst lässig die „Rote Fahne“, was nebenbei bemerkt großer Quatsch ist. Denn wenn die Kommunisten das Proletariat „vereinigen“ wollen, dann brauchen sie es doch nicht erst zu verunreinigen. Kampf gegen das kapitalistische Ausbeuterum ist Nebensache. Wel wichtig! dünkt der R.K.P.D. der Kampf gegen die „gelben“ Gewerkschaften, die nach dem Urteil Sinowjevs noch gefährlicher sind als die Drausche. Was ebensoviel Blödsinn ist. Denn Sinowjev versteht von den deutschen Gewerkschaften soviel als die Kub von Gimmeleins.

Ende vorlaufen Jahres schon stieß die „Rote Fahne“ in ihren Spalten einen gelungenen Kampftag gegen die freien Gewerkschaften aus. „Die kommenden Monate werden das Zentrum der kommunistischen Tätigkeit in den Gewerkschaften sein“, schreibt sie und lädt damit offiziell die große kommunistische Offensive gegen die Gewerkschaften an. In einem andern Artikel mit der triegerischen Überschrift: „Sturmriemen unter Kinn“ feuerte sie dann ihre Anhänger in den Gewerkschaften zur größeren Aktivität auf. Seit Anfang dieses Jahres schon prasselt beispielsgemäß aus allen kommunistischen Schimpf- und Dredeschlössern ein wahres Trommelschauer von Etilen und Verleumdungen auf „den Feind“, die verräterische Gewerkschaftsokratie“ nieder. Speziell die „Rote Fahne“ verfügt über eine unerschöpfliche Schimpflexikon. Wenn man dieser hysterischen kommunistischen Listkripte glauben könnte, dann würden ja sämtliche angestellten Gewerkschaftsfunktionäre (mit Ausnahme der kommunistischen natürlich) zu dem tiefsten Auswurf der Menschheit gehören. Die Arbeiter aber, die diese „Kunnen, Schafe und Verräte“ immer wieder in denselben Verkrampfstellungen hinunterwälzen, müssen nach kommunistischer Logik die allergrößten Idioten sein. Wenn es infolge dieser Dreckshlebereien noch an feiner ärztlicher Verharrerlösung der arbeitschaftlichen Sitten und zur Verschärfung der gewerkschaftlichen Disziplin gekommen ist, so ist dies wahrscheinlich nicht die Schuld der kommunistischen „Arbeiterpresse“.

Die Kommunisten streiten das Spalten ab, treffen aber um so intensiver ihre Vorbereitungen dazu. Auf dem Parteitag der R.K.P.D. trat Gedenk dafür ein, daß die Feindseligkeiten den Gewerkschaften über das ganze Reich zusammengefaßt werden sollten zur Abwehr gegen einen gewissen Krieg gegen die freien Gewerkschaften. Sie inszenieren wilde Kreis- (Kassenvereine Hamborn), berufen auf eigene Faust Betriebsrätekonferenzen ein, um dann, wenn die Sache lohnt geht, sich wie immer vor der Verantwortung zu drücken und alle

Schluß auf die verbanneten „Gewerkschaftsbürokraten“ zu schließen. Ob übrigens die Kommunisten halten wollen oder nicht, darüber bestimmt Moskau! Zu jenem Gewerkschaftsfrage gibt es für Moskau nur ein Entweder — oder. Entweder die Gewerkschaften werden kommunistisch oder sie werden als „Stützen des Kapitals“ bekämpft bis zur Vernichtung. Der „Kampftag“, das Organ der Betriebsorganisation sagt: „Die Einigung des Proletariats ist nur möglich über die Instanzen hinweg durch die Zerstörung der Gewerkschaften.“ Als die Vertreter dieser Richtung fürstlich in Moskau waren, wo ihre Aufnahme in die 3. Internationale erfolgte, da machten sie auch Lenin mit ihren Zerrückmierungstheorien bekannt. Lenin hat diese „Gewerkschaftsität“, wie sie von der R.K.P.D. und A.R.U. zum Programm erhoben wird, nicht gründlich abgelehnt, sondern hält, wie die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“ in ihrer Nr. 187 freudestrahlt mitteilt, „die Methode der Zellenbildung vorläufig für die richtige, gibt aber die Möglichkeit eines Weges, wie ihn die Union geht, zu. Man müßte erst den Erfolg abwarten.“ Also mit anderen Worten: wenn das Zellenbau nicht zum Ziel führt, dann heißt es einfach: Haus aus den Orgeschgewerkschaften und rein in die Betriebsorganisationen.

Auf dem Kongreß der roten Gewerkschaftsinternationale, der bald stattfinden soll, wird die „Eroberung der Gewerkschaften“ auch eine große Rolle spielen. Seiner voraussichtlichen Zusammenziehung nach zu urteilen, werden sich dort die prominentesten Gewerkschaftsvertreter der ganzen Welt ein Stellvertreter geben. Die deutschen und ausländischen Syndikalisten und Unionisten werden dort vertreten sein. Und zu dieser Zusammenkunft der vereinigten Konfessionen, Syndikalisten und Anarchisten soll auf Antrag Krummel der Vorstand der Zahlstelle Berlin antreten, einen Delegierten entsenden. Hiermit hat der von Krummel „geistig bestreitete“ Propagandakomitee-Kapitalismus den Rekord in der Konfusion geschlagen. Unsere Versammlungskommunisten betrachten sich nicht mehr als Mitglieder unserer Gesamtorganisation, sondern für sie ist Berlin schon eine Zahlstelle der 3. Internationale. Wer aber innerlich schon mit unserer Organisation gebrochen hat, der soll auch kühlerlich die Konsequenzen ziehen und nicht noch verwirrt auf die übrige Kollegenschaft wirken. Schon jetzt machen unsere Mitgliederversammlungen mehr den Eindruck von kommunistischen Parteiversammlungen als von Gewerkschaftsversammlungen. Nur Moskau ist noch Trumpf. Die Moskauer Richtung verläßt sich nur noch auf die „überzeugende“ Kraft ihrer vereinigten R.K.P.D.-Gruppen und auf das geschlossene Auftreten ihres gut dressierten Stoßtrupps. Ost genügt schon ein paar Worte, um sofort einen kommunistischen Höllenstapel auszulösen. Man muß sich nur die radikalsten Schreie auszuhören. Man muß sich nur die radikalsten Schreie auszuhören. Haben sie vor einem Jahre schon etwas von „gelben“ Gewerkschaften usw. gewußt? Gar nichts! Viele von ihnen haben nicht gewußt, daß es überhaupt eine Amsterdamer Internationale gab. Sinowjev mußte erst aus Moskau kommen und den Al- und Neukommunisten klar machen, wie schändlich sie noch sind, daß sie nicht mal wußten, daß ihre Gewerkschaften „gelb“ sind. Heute gebärden sie sich so, als ob sie allein das „revolutionäre Pulver“ erfunden hätten.

Die Moskauer Richtung beherrscht nicht nur unsere Versammlungen, sondern auch unsern Ortsvorstand. Der Ortsvorstand in heutiger Zusammensetzung ist weiter nichts als eine Filiale der von Krummel beherrschten Propagandakomitee. Schon im vorherigen Jahre im September trug man sich in der Propagandakomitee mit dem Gedanken, aus dem Ortsvorstand eine erweiterte Propagandakomitee oder aus der Propagandakomitee einen erweiterten Ortsvorstand zu machen. Gegenüber denjenigen Kollegen im Ortsvorstand, die dieser „Neorganisations“ event. Schwierigkeiten gemacht hatten, wollte man nach dem Grundsatze verfahren: „Wer sich nicht fügt, der fliegt.“

Die Propagandakomitee ist ein schädlicher Fremdkörper im Fleische unserer Organisation. Die Propagandakomitee wird geistig vollständig von Kollegen Krummel beherrscht. Da Mitglieder des Propagandakomitee sind und umgekehrt der Ortsvorstand in seiner kommunistischen Mehrheit zu den Mitgliedern der Propagandakomitee gehört, so unterscheiden sich diese Instanzen nur durch den Namen. In Wirklichkeit werden beide Körperschaften durch den Krummel'schen Geist gleichmäßig beeinflußt. Alle politischen

"Probleme", "Theorien" und "Systeme", mit denen die Berliner Propagandakommission "beglückt" werden sollen, werden zuerst im nächsten Jahre der Propagandakommission geboten. Nach gründlicher Durchberatung wird dann das "Material" dem Ortsvorstand als "zweite Instanz" zur weiteren Verhandlung überwiesen. Wie schwer verständlich das von der Propagandakommission gefertigte Material ist, geht daraus hervor, daß der Ortsvorstand mindestens in einer Woche bis zu drei Sitzungen einberufen muß, damit die kommunistische Mehrheit des Ortsvorstandes (Propagandakommission) genügend Zeit und Gelegenheit hat, um ihren "politischen" Verstand zu schärfen und leeres Thros zu brechen.

Der Ortsvorstand ist nur noch ein politischer Diskussionsclub. Natürlich aus Kosten der Mitglieder. Denn die vielen Vorstandssitzungen kosten Geld. Wenn die Propagandakommission unter Krummreis Aufsicht irgendeine "große Tache" ausgetauscht hat, die in der Versammlung einen "großen Erfolg" verspricht, dann wird schon rechtzeitig dafür gejagt, daß ein Kandidat der Propagandakommission "aus der Mitte der Versammlung" einen Antrag stellt, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung dies oder das zu setzen. Da die Anhänger der Richtung Krummreis, die sich hauptsächlich aus der Reichsdruckerei rekrutiert, immer stark vertreten sind, so werden prompt alle Anträge dieser Richtung, speziell wenn sie vom Kollegen Krummreis "empfohlen" werden, angenommen. Weil Krummreis durch seine Propagandakommission den Ortsvorstand und die Versammlungen berichtet, so war es ihm seit nahezu zwei Jahren immer wieder möglich, der gesamten Berliner Zentralstelle seine Politik aufzuzwingen. Ziehen wir weiter in Betracht, daß die Propagandakommission nach Krummreis eigenen Angaben mit Moskau in ständiger Verbindung steht, so ergibt sich hieraus die ganz nüchterne Tatsache, daß die Zentralstelle Berlin teils direkt, teils indirekt schon vollkommen unter der Diktatur Moskaus steht.

Kollegen und Kolleginnen! Wollt Ihr mit diesen unwürdigen Zuständen endlich Schluss machen? Wollt Ihr die dauernde Verhöhnung und Brüderlichkeit Eurer gewerkschaftlichen Anstrengungen und Grundsätze Euch nicht mehr gefallen lassen? Dann schlagt bei den bald stattfindenden Wahlen zum Berliner Ortsvorstand und zur Verwaltung die ganze kommunistische Diktatur in Scherben. Keine Stimme bei diesen Wahlen für die Moskauer Richtung! Denn ein Sieg dieser Richtung bedeutet Konfusional! Bedeutet Kampf gegen Eure eigene Gewerkschaft!

Paul Bausebow - Berlin.

Sitzung des Verbandsvorstandes

vom 23. Januar 1921.

Anwesend sind alle Vorstandsmitglieder.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gebeaust der Vorsitzende in ebenden Worten des verstorbenen Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Carl Legien.

Über die Einführung des Reichstarifas im Buchdruckerverband macht Kollege Pucher erläuternde Mitteilungen. Die sich zu Beginn der Tariftarife ergebenden technischen Schwierigkeiten werden bald überwunden sein. Die Widerstände bei einzelnen Unternehmen können die Einführung des Tariffs in allen Orten nicht aufhalten. Besprechungen mit der Leitung der Prinzipalorganisation haben zu einem zufriedenstellenden Ergebnis geführt. Die Drucklegung des Reichstarifas mit den aus dem Buchdruckertarif für das Hilfspersonal wichtigen Bestimmungen ist vereinbart worden. Der Tarif soll an die Verbandsfunktionäre losgelöst, an alle anderen Mitglieder zum Selbstosten preis abgegeben werden.

In der Aussprache über den Bericht des Vorsitzenden wird zu den verschiedenen tariflichen Bestimmungen, über die örtlich besondere Vereinbarungen zu treffen sind, Stellung genommen. Da in allen bisher gemeldeeten Fällen eine örtliche Regelung über strittige Fragen möglich war oder aber zu erwarten ist, soll auch weiterhin versucht werden, ohne Ausrufung der Zentralstangen eine Einigung zu erzielen.

Von der Bewegung im Steinbruch kommt der Vorsitzende über einen guten Verlauf berichten. In den gut arbeitenden Betrieben werden die eingereichten Forderungen fast restlos erreicht. In einigen Druckereien wurden die Mitglieder allerdings zu Arbeitsbeschlüssen gezwungen, die nur von kurzer Dauer waren und überall vollen Erfolg brachten. Aus Süddeutschland wird gemeldet, daß die in Großbritannien erreichten Löne die Mittelpunkte des Reichstarifas bereits übersteigen.

Über die von der Verbandsleitung eingeleiteten Maßnahmen zur Erreichung neuer Einstellungszulagen kommt es zu einem regen Meinungs austausch, wobei die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft und die gewerblichen Verhältnisse besonders gewürdigt werden. Die bisher unternommenen Schritte werden gutgeheissen. Einstimmig kommt der Verbandsvorstand zu der Ansicht, daß ein zentrales Vorgehen in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften durch die Tarifinstanzen am besten zu dem gewünschten Erfolg führen wird.

Nach dem Bericht über die Tagung des Verbandsvorstandes, den Kollege Schulz erfafst, tritt der Verbandsvorstand in eine Aussprache über das Treffen der Anhänger der Propagandakommission ein. Der Vorstand beschließt, den § 12 Abs. c gegen diejenigen Mitglieder in Anwendung zu bringen, die im Auftrage genannter Kommission im Verbande agitatorisch tätig sind, die Erreichung kommunistischer Ziele erstrebten, Versammlungen veranstalteten und versuchten, die Gewaltthüte der kommunistischen Gewerkschaftssektion in den Zentralstellen durchzuführen. Einem entsprechenden Er-

schluß an die Verbandsmitglieder, die in der "Zolltarifität" veröffentlicht werden soll, wird zugestimmt.

Die von Heribert Hamburg an den Bericht gerichtete Beschwerde über seinen Ausschluß, die von dem Betriebsvorstand dem Verbandsvorstand übermittelt worden ist, kann erst erledigt werden, wenn die vor dem Hamburger Ortsverwaltung eingeforderten Unterlagen, die zu dem Ausschluß geführt haben, vorliegen.

Zu einem vom Sekretariat des Internationalen Rates der Fach- und Industrieverbände (Sitz Moskau) an den Vorstand gerichteten Schreiben lehnt der Verbandsvorstand eine Stellungnahme ab und erklärt ausdrücklich, daß er keinerlei Verbindung mit genannter Organisation einzugehen beabsichtigt.

Zu Aussprache des Vertragsbeschusses über die Leitung des Gauzes 6 wird die Einberufung eines Vertretertages dieses Gauzes beschlossen, zu dem die Kollegen Pucher und Köbel delegiert werden.

Zu der vom Graphischen Bund beschlossenen Herausgabe einer Betriebszeitung für das graphische Gewerbe und der Anstellung eines Sekretärs gibt der Vorstand seine Zustimmung.

Eine eingeschränkte Darlegung des Vermögensstandes des Verbandes gibt Kollege Lobdau. Die Bezeichnung von 2000,- Mark bei der OEG wird nach kurzer Aussprache beschlossen.

Eine ganze Reihe von Verwaltungs- und Kassenangelegenheiten findet noch ihre Erledigung.

Ein Antrag von Leipzig, für Kurzarbeiter Erwerbslosenunterstützung zu zahlen, wird nach kurzer Darlegung der gewerblichen Situation und der diesem Antrag entgegenstehenden finanziellen und organisatorischen Bedenken abgelehnt.

Über die notwendige Rendierung in der Gaukreiseinteilung, die sich durch die Bildung von Taristreifen eintöpfen, wird eine besondere Regelung getroffen. Danach kommen die Orte Bielefeld, Herford, Höxter und Minden, die bisher zum Gau 9 gehören, zum Gau 1. Von den Bahnhöfen dieses Gauzes werden fassentechnisch durch Bielefeld verwaltet: Bielefeld, Herford, Höxter, Minden, Münster, Hamm, Dortmund, Ems, Duisburg und Wesel. Dem Gau 5 werden überwiegen die bisher zum Gau 6 gehörigen Orte Borna, Grimmaisch und Groitzsch. Zum Gau 9 kommt die Bahnhöfe Bremen aus Gau 10.

Nach Kenntnisnahme der Sitzungen der Sterbefälle des Gauzes 10 wird deren Erlösung genehmigt. Für die Sterbefälle des Verwaltungsbezirkes Magdeburg sollen auf dem nächsten Samstag noch Rendungen geschlossen werden.

Die Herausgabe einer ausführlichen Deckschrift zum 25jährigen Verbandsjubiläum wird genehmigt.

Nach Beratung und Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten wird die Sitzung nach 8½ stündiger Dauer geschlossen.

Erste Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die Sitzungen fanden am 19. und 20. Januar statt. Zu Beginn erläuterte der stellvertretende Vorsitzende, Genosse Graumann, das Amtsenten des ersten Vorsitzenden, Genossen Legien. Als dessen Nachfolger wurde Genosse Theodor Leipart, der frühere Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, gegen 4 Stimmen gewählt. Von den in der vorigen Tagung unterblieben gebliebenen Verhandlungsgegenständen beschäftigte den Ausschuss zunächst die von einigen Seiten betriebene und von den französischen Behörden sichtlich begünstigte Einführung der Frankentarifierung im Saargebiet. Es kam dabei zum Ausdruck, daß diese den dortigen Arbeitern höchstens zeitweilig etwas Vorteil bieten, später jedoch leicht zu ihrem Schaden ausschlagen könne. Die Sache wurde den dortigen Gewerkschaften zur Regelung überlassen.

Bon der vorigen Tagung lag ebenfalls noch eine Vorlage über die Unterstützung und die Beitragserhebung der Kurzarbeiter vor, zu der die Verbandsvorstände inzwischen Stellung genommen hatten. Die Aussprache zeigt aufs neue, daß in den einzelnen Berufen die Verhältnisse so verfahren sind, daß eine einheitliche Stellungnahme nicht möglich ist und die Regelung notwendig den Verbänden selber überlassen werden müssen.

Den vierten Punkt der Tagesordnung: "Bericht der Sozialisierungskommission", leitete Genosse Umbrecht mit längeren Ausführungen ein. Es handelt sich darum, in der Sozialisierung des Kohlenbergbaus endlich zu einem einheitlichen Aktionsprogramm zu kommen. Die Aussprache ergab die volle Einmütigkeit des Ausschusses in dieser Frage. Die von der Kommission vorgelegten 20 Leitsätze wurden mit geringfügigen Rendungen einstimmig angenommen, ebenfalls einstimmig und unverändert angenommen wurde folgende Entschließung und Erklärung:

Die im Ausschuss des ADGB. vertretenen Verbände der deutschen Gewerkschaften fordern von der Reichsregierung die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaus.

Mit Befremden müssen die Gewerkschaftsvorstände feststellen, daß die Reichsregierung die den Gewerkschaften am 20. März 1920 gegebene Aussage der sozialen Finanzierung der Sozialisierung der dazu reichen Wirtschaftszweige ebensoviel erfüllt hat, wie daß den Bergarbeitern tatsächlich der Durchführung des Spaabkommen gemacht wurde. Den Kohlenbergbau gemeinschaftlich zu organisieren. Auch die Regierungserklärungen vom 5. August, vom 22. September und vom 8. Oktober 1920 sind bisher uneingehend geblieben. Anstatt den gesetzgebenden Körperschaften einen Gesetzentwurf zur beschleunigten Erledigung zu unterbreiten, versäumt die Reichsregierung die Zeit

damit, den vorläufigen Reichswirtschaftsrat mit der Rechtfertigung von Gutachten der Sozialisierungskommission zu befragen, um eine wirkliche Sozialisierung zu verschleppen oder gänzlich zu verhindern. Die Gewerkschaftsvorstände erklären, daß kein irgendwie geartetes Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrats die Reichsregierung vor der Erfüllung ihrer gegenüber der Arbeiterschaft eingegangenen Verpflichtungen entbinden kann.

Die Gewerkschaften können eine Sozialisierung der Kohlenwirtschaft nur von einem Gesetz erwarten, das folgenden Bedingungen entspricht:

I. Alle Erbschäfe gehören der Nation.

II. Die Ausbeutung der Kohlenvorräte wird den bisherigen Besitzern gänzlich entzogen und ge meinwirtschaftlich organisiert.

III. Das gesamte Eigentum an Bergwerken und zugehörigen Anlagen wird gegen Entschädigung der Besitzer auf einen Gemeinwirtschaftkörper übertragen.

IV. Die Kohlenwirtschaft darf einheitlich für das ganze Reich geregelt werden, ohne den Bezirken die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit zu verlieren. Die Betriebe sind zu wirtschaftlich vorteilhaften Betriebsbezügen zusammenzufassen.

V. Die Lohns- und Gehaltsregelung soll auf Grund von Reichstarifverträgen mit den Gewerkschaften vereinbart werden.

VI. Den Arbeiter- und Angestelltenvertretungen ist ein Mitbestimmungsrecht in den Betrieben sowie in der Wirtschaftsführung zu sichern.

VII. Die Preisregelung soll nach gefundenen volks wirtschaftlichen Grundsätzen unter Berücksichtigung der Verbraucherinteressen erfolgen, so daß eine allmähliche Ablösung der aus der Entwicklung herührenden Schuldenverpflichtung, sowie Rücklagen für den notwendigen Ausbau der Kohlengewinnung sichergestellt werden.

Abzulehnen ist jede Lösung, die das Eigentumsrecht an den Kohlenbergwerken privatrechtlich erweitert oder verschärft, anstatt es gemeinwirtschaftlich zusammenzufassen, oder die die Kohlengewinnung privatwirtschaftlich auszulehnen weiterhin überläßt.

Der Ausschuss des ADGB. hat unter diesen Gesichtspunkten seine Leitsätze für die Sozialisierung des Kohlenbergbaus zusammengestellt und fordert alle Arbeiter und Angestellten auf, für dieses Programm in möglichster Geschlossenheit einzutreten.

Die deutschen Gewerkschaften sind entschlossen, die Durchführung dieser Forderungen in der nachhaltigsten Weise zu unterstützen. Sie erwarten indes, daß die Reichsregierung es nicht zu solchen folgenreichen Konflikten kommt läßt, sondern eindeutig ihrer Verhelfungen und des einmütigen Willens weiter Volks treife die Sozialisierung des Kohlenbergbaus zur raschen Tat werden läßt."

Erklärung.

Der Reichswirtschaftsminister hat im Reichstag wiederholt den Gedanken erörtert, die Sozialisierungskommission aufzulösen und ihre Funktionen auf den Reichswirtschaftsrat zu übertragen.

Der Ausschuss des ADGB. erachtet es gegenüber solchen Plänen für notwendig, daran zu erinnern, daß die Wiedereinführung der Sozialisierungskommission erzielt ist auf Grund der Vereinbarung vom 20. März 1920 zwischen der Reichsregierung und den Gewerkschaftsverbänden, zum Zwecke der sofortigen Finanzierung der Sozialisierung der dazu reichen Wirtschaftszweige. Die Kommission hat die Aufgaben der wissenschaftlichen Prüfung der Maßnahmen, Wege und Ziele der Sozialisierung. Der Reichswirtschaftsrat kann diese Aufgaben infolge seiner Zusammensetzung nicht lösen, wie seine Behandlung der Frage der Kohlenwirtschaft zeigt. Die Sozialisierungskommission hat ihre Arbeit auch bei weitem noch nicht erledigt, die sie Untersuchungen über den Kaliherzbau, über das Bau- und Wohnungswesen, über die Eisenwirtschaft und über die Energiewirtschaft teils in Angriff genommen, teils vorbereitet hat. Die Reichsregierung selber hat ihr obendrein die Prüfung der Frage des Verkehrswesens übertragen. Unter diesen Umständen wäre die Auflösung der Sozialisierungskommission eine Sabotierung des in der Verfassung festgelegten Gedankens der Sozialisierung gleich zuachten.

Die Gewerkschaften legen gegen berlei Absichten des Reichswirtschaftsministers die entschiedenste Verwahrung ein und erläutern, daß sie gewillt sind, eine solche Verleihung des Abkommen vom März 1920 mit aller Entschiedenheit abzuwehren."

Da für die Ausgestaltung des Gewerkschaftswesens auch eine genaue Einsicht darin notwendig ist, wie stark die einzelnen Berufe in Deutschland vertreten sind, und welche Tendenzen sich auf diesem Gebiete im Laufe der Zeit vollzogen haben, ist es natürlich, daß der Bundesausschuss sich mit der künftigen Verfassung beschäftigt. Im Auftrage der Statistikkommission berichtete darüber Genosse Strele (Mater). Seine Ausführungen wurden ergänzt durch Herrn Regierungsrat Dr. Meierwald vom Preußischen Statistischen Landesamt. Ein Antritt betonte man allgemein die Notwendigkeit einer Verfassung und stellte sich ferner bei dem Standpunkt, daß sie, um die gewaltigen Kosten möglichst einzuschränken, mit der nächsten Volkszählung verbunden werden können. In betreff der Streitfallfrage hatte der Ausschuss nichts dagegen einzuwenden, daß die Behörden auch künftig eine solche vornehmen; man hielt indes davon fest, daß diese auch von den Gewerkschaften weitergeführt werden soll. Ferner wurde die Kommission ermächtigt, für die Fragestellung bei der amtlichen Streitfall-Kontrolle Vorschläge zu machen.

Mit der Preußischen Unternehmensverwaltung wurde ein vertragliches Abkommen getroffen, daß den Gewerkschaften gegen vor teilhafte Bedingungen eine gewisse Anzahl von Plätzen an der in Frankfurt a. M. begrün-

ten Akademie der Arbeit zur hochschulmäßigen Ausbildung befähigter jüngerer Gewerkschaftsvertreter sicher. Der Unterricht soll am 1. April d. J. beginnen. In Klassen sind Hörer beiderlei Geschlechts. Vorbedingung ist die notwendige Reife des Geistes und des Charakters und der Nachweis einer bestimmten Berufsbildung und angemessenem Berufstätigkeitsgrad. Der Unterricht verteilt sich auf Semester zu je 4 Monaten, dazwischen 4 Wochen Ferien. Die Gewerkschaften zahlen die Unterhaltskosten der von ihnen ausgewählten Teilnehmer und für jeden Ferienbeginn am Beginn jedes Semesters eine Hörgebühr von 300 M. Als Unterrichtsfächer sind vorgesehen: Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, Rechts- und Staatslehre, Naturwissenschaft, sowie die Grundlagen einer philosophischen Bildung. Als Vortragende sind erste ausländische Kräfte in Aussicht genommen.

Die Stellungnahme des Ausschusses zu dem bekannten "offenen Briefe" der Vereinigten Kommunistischen Partei ergab wiederum vollkommen Einigkeit. Der Beschluss des Bundesvorstandes, in Anbetracht des Verhaltens der Kommunisten bei früheren gemeinschaftlichen Aktionen auf diesen "offenen Brief" überhaupt keine Antwort zu ertheilen, wurde abgelehnt. Im übrigen wurde von neuem betont, daß Auflösung der Mitglieder und praktische Arbeit zur Beobachtung ihrer wirtschaftlichen Lage die besten Mittel seien, die Einigkeit in den Gewerkschaften hochzuhalten. Ein Brief vom Internationalen Gewerkschaftsbund, der zur Aktion dafür auffordert, daß die zum Tode verurteilten Mitglieder der früheren ungarischen Regierung nicht hingerichtet werden, fand im Ausschusse rasche Erledigung, da die deutschen Gewerkschaften schon in diesem Sinne tätig sind.

Ferner beschloß der Ausschuss noch, daß der Bundesvorstand Mittel bereitstellen soll zur Unterstützung deutscher Flüchtlinge.

Nene Teuerungszulagen im Steinbrudgewerbe.

München.

Nach § 3 Absatz 6 unseres Tarifvertrages für das Münchner Steinbrudgewerbe erhält das Hilfspersonal in allen Teuerungszulagen, die zwischen dem Verband deutscher Steinbruderebetriebe und dem Verband der Lithographen, Steinbruder und verwandter Berufe verhandelt werden, eine prozentual bemessene Zulage, die jedoch nicht weniger sein darf als 40 bis 80 Prozent.

Zu nachstehender Aufstellung können sich unsere Mitglieder informieren, welche Minimallöhne infolge aller Teuerungszulagen für München gegenwärtig in Betracht kommen.

Mit dem 3. Januar 1921 traten für das Münchner Lithographie- und Steinbrudgewerbe nachstehende Löhne infolge aller Teuerungszulagen in Kraft:

Steinschleifer mit 18 Jahren ab 21. Juni 1920	111,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	11.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	18.75 M.
Summa	141,- M.

Steinschleifer mit 20 Jahren ab 21. Juni 1920	125,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	11.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	18.75 M.
Summa	155,- M.

Steinschleifer mit 21 Jahren ab 21. Juni 1920	148,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	11.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	18.75 M.
Summa	178,- M.

Steinschleifer mit 22 Jahren ab 21. Juni 1920	170,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	11.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	18.75 M.
Summa	200,- M.

Steinschleifer über 24 Jahre ab 21. Juni 1920	199,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	12.75 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	21.75 M.
Summa	233.50 M.

Sonstiges männliches Hilfspersonal:	
Ab 21. Juni 1920 im Alter von 18 Jahren	106,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	11.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	18.75 M.
Summa	136,- M.

Ab 21. Juni 1920 im Alter von 20 Jahren	120,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	11.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	18.75 M.
Summa	150,- M.

Ab 21. Juni 1920 im Alter von 21 Jahren	138,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	11.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	18.75 M.
Summa	168,- M.

Ab 21. Juni 1920 im Alter bis zu 24 Jahren	160,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	11.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	18.75 M.
Summa	190,- M.

Ab 21. Juni 1920 im Alter über 24 Jahre	189,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	12.75 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	21.75 M.
Summa	223.50 M.

Gütegerinnen:

Bis Format 110 cm ab 21. Juni 1920	120,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	8.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	18.75 M.
Summa	142,- M.

Bis Format 125 cm ab 21. Juni 1920	122,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	8.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	18.75 M.
Summa	144,- M.

Bis Format 145 cm ab 21. Juni 1920	124,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	8.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	13.75 M.
Summa	144,- M.

Bogensängerinnen:

Bis Format 110 cm ab 21. Juni 1920	114,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	8.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	13.75 M.
Summa	136,- M.

Bis Format 125 cm ab 21. Juni 1920	117,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	8.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	13.75 M.
Summa	139,- M.

Bis Format 145 cm ab 21. Juni 1920	120,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	8.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	13.75 M.
Summa	142,- M.

Hilfsarbeiterinnen:

Zu Alter von 18 Jahren ab 21. Juni 1920	93,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	7.50 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	12.50 M.
Summa	113,- M.

Zu Alter von 21 Jahren ab 21. Juni 1920	103,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	7.50 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	12.50 M.
Summa	123,- M.

Zu Alter über 21 Jahren ab 21. Juni 1920	105,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	7.50 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	12.50 M.
Summa	125,- M.

Bei sämtlichen Hilfsarbeiterinnen und Arbeiterinnen, die nicht einen eigenen Haushalt besitzen oder im Sinne des B.G.B. einer Unterhütungshaft unterliegen, kommt die Teuerungszulage vom Oktober 1920 in Wegfall.

Abschluß neuer Teuerungszulagen im Münchner Filmgewerbe.

Ein harter Kampf war es, mit den hierigen Filmindustriellen zu einem Tarifvertrage zu kommen, der nur einigermaßen die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Kneipenmänner des Erwerbszweiges regelt. Durch die fortwährende Teuerung war es nicht mehr möglich, mit den im Tarif festgelegten Lohnsätzen auszukommen. Wir mußten deshalb neue Verhandlungen an die Unternehmer bzw. an deren Syndikus Herrn Dr. Wassermann mit der Forderung einer 20 prozentigen Teuerungszulage herangetreten.

Wir waren uns klar darüber, daß Herr Dr. Wassermann wieder alle seine juristischen Spitzenblätter her vorholen und unsere Forderung ablehnen wird. Wie sehr mußte Herr Dr. Wassermann vor dem Schlichtungsausschuß geladen werden, bis einmal ein Termin zu Stande kam, denn schließlich wird es auch einmal einen Syndikus zu dumm, fortwährend mit hundert Mark Ordnungsstrafe belegt zu werden.

Der Schlichtungsausschuß München fällte einen einstimmigen Schiedsspruch, daß dem gelernten sowohl wie dem unerlernten Personal eine zehnprozentige Teuerungszulage zu gewähren ist. Diesen Schiedsspruch schauten die Unternehmer ab, und in aller Ruhe und Ordnung wurde unsererseits der Ausland vorbereitet. Deutliche Erklärungen gaben die Unternehmer nochmals zu Verhandlungen bereit, in welchen der Schiedsspruch dann anerkannt wurde.

Es erhalten die Hilfsarbeiterinnen im Alter von 18 bis 21 Jahren einen Grundlohn von 115,- M. plus 1.50 M. Teuerungszulage = 126.50 M.; Hilfsarbeiterinnen im Alter über 21 Jahren Grundlohn 130,- M. und eine Teuerungszulage von 18,- M. ist in Summa 148,- M.

Die Verarbeiterinnen erhalten außerdem noch einen Aufsatz pro Woche von 25,- M.

Wenn nun die Hilfsarbeiterinnen in der Filmindustrie einmal darüber nachdenken, was für sie in der verhältnismäßig kurzen Zeit, da sie in unserem Verband angeschlossen sind, erreicht werden könnte, so muß ihnen bewußt sein, daß ein Arbeiter ohne Organisation nicht mehr existieren kann. Den überlängen Schmälern aber, die zwar die Erfasung der Organisation einheitlichen und andere lärmten lassen, sei an dieser Stelle gesagt, daß sie ebenfalls Mitglied des Hilfsarbeiterverbundes werden müssen, wenn sie nicht Verläger an unserer gerechten Sache werden wollen.

Steinschleifer über 24 Jahre ab 21. Juni 1920

Teuerungszulage ab Oktober 1920	12.75 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	21.75 M.
Summa	233.50 M.

Steinschleifer über 24 Jahre ab 21. Juni 1920

Teuerungszulage ab Oktober 1920	12.75 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	21.75 M.
Summa	233.50 M.

Sonstiges männliches Hilfspersonal:

Ab 21. Juni 1920 im Alter von 18 Jahren	106,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	11.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	18.75 M.
Summa	136,- M.

Ab 21. Juni 1920 im Alter von 20 Jahren	120,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	11.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	18.75 M.
Summa	150,- M.

Ab 21. Juni 1920 im Alter von 21 Jahren	138,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	11.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	18.75 M.
Summa	168,- M.

Ab 21. Juni 1920 im Alter bis zu 24 Jahren	160,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	11.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	18.75 M.
Summa	190,- M.

Ab 21. Juni 1920 im Alter über 24 Jahre	189,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	12.75 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	21.75 M.
Summa	223.50 M.

Steinschleifer mit 18 Jahren ab 21. Juni 1920	114,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	8.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	13.75 M.
Summa	136,- M.

Steinschleifer mit 20 Jahren ab 21. Juni 1920	120,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	8.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	13.75 M.
Summa	142,- M.

Steinschleifer mit 21 Jahren ab 21. Juni 1920	122,- M.
Teuerungszulage ab Oktober 1920	8.25 M.
Teuerungszulage ab Januar 1921	13.75 M.
Summa	144,- M.

einmütigen Zusammenarbeit mit den verwandten Verbänden und dem Arbeiterrat errungen, waren, daß wird wohl jede Kollegin und jeder Kollege ohne weiteres zugestehen, nennenswerte Vorrechte, ein nicht zu unterschätzender Faktor zur Gesundung und Erholung des Körpers. Dann die Bezahlung der Feststage. Die Löhne sind um das 7. bis 8. Sachen gestiegen, und das alles trotz der allgemeinen schlechten Geschäftslage, welche uns auch verhinderte, energetischer vorzugehen. Diese Errungenschaften freilich noch nicht, um einen Ausgleich zwischen Lebensmittelpreisen und Löhnen herzuführen, doch steht zu hoffen, daß auf Grund des neuen Reichstags dieser Ausgleich zur Laste wird. Einheitswillke! In diesem Sinne habe der Vorstand nichts gehandelt, und er werde auch in Zukunft nur das Interesse der Kollegenschaft im Auge behalten. Mit der Aufforderung an die Versammlung, immer fest zusammenzuhalten, damit die Unternehmer die Arbeiterschaft stets gewappnet finden, schließt der Vorsitzende seine Ausführungen. Nun gab die Kollegin Gelske ihren Abschlußbericht. Auch sie gedachte des Kampfes um der Mühle, welche hinter uns liegen, um dann zu dem eigentlichen Bericht überzugehen. Unsere Zahlstelle, so führte sie aus, welche noch im Vorjahr ein Defizit von über 300,- M. hatte, hat sich im Laufe des Jahres deutlich erholt, doch wie heute einen Bestand von 744.73 M. aufweisen können. Infolge der schlechten Geschäftslage mußten wir mit Arbeitslosigkeit und Übererentlassungen rechnen, doch ist diese Nebenbeschäftigung nicht vorkommen. Die Versammlungen waren bis auf eine sehr schlecht besucht, ein Zeichen von der großen Unterhöftigkeit der Mitglieder. An Referenten für die Versammlungen sind die Kollegin Bosse-Magdeburg und Kollege Nebelauer R. Schulze-Berlin zu nennen, während aus unserer Mitte Kollegin Gelske einen Bericht vom Verbandsitag, zu welchem sie delegiert gewesen, brachte, außerdem in einem kurzen Vortrage die Entstehung und Gründung der Gewerkschaften schilderte. Letzteres sollte nur erwähnt werden, damit sich auch noch weitere Mitglieder finden möchten, welche sich nicht scheuen und in dieser Weise den Versammlungen eine bessere Gestaltung geben. Letzteres müßte hier noch angehüpft werden, daß es noch verschiedene Kolleginnen unter uns gibt, welche durch lautes Lachen und hämische Spottgeschriften solche Versuche direkt verhindern. Dieselben sollten sich vor Augen führen, daß für einen Anfänger schon ein gewisser Mut gehört, öffentlich zu sprechen. In dieser Hinsicht müsse noch dieses besser werden. Hervorgehoben soll noch werden, und das müsse jedem Kollegen und jeder Kollegin zur besonderen Freude gereichen, nämlich: die Bezahlung der Marken erfolgte mit verschwindend kleinen Ausnahmen mit der größten Pünktlichkeit. Gewiß ein schönes Zeichen dafür, daß wir mit voller Übersicht ins neue Jahr blühen können. Es sollte dies aber auch ein Ansporn sein für die Säumigen, auch in diesem Falle ihre Soldbarkeit zu verstetigen. Die Einnahmen des Jahres belaufen sich auf 15.744.90 M. bei einem Brutto von 12.794 Marken und einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 215. Davon wurden 13.925.91 M. an die Hauptkasse abgeführt, 24.50 M. wurden an 16 Zweite bezahlt und 15.744.91 M. verblieben der Zahlstelle. Die Zofakasse ergab eine Einnahme an Prozenten und Ortszuschlägen im Betrage von 3261.80 M., dem eine Ausgabe von 1517.07 M. gegenüber steht, so daß der Zahlstelle noch ein Bestand von 744.73 M. verbleibt. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des Vorsitzenden Kollegen Lehmann und der Kassiererin Kollegin Gelske. Neu wurde gewählt Kollegin Hochstanz als 2. Vorsitzender. Die Wahl zum Schriftführer mußte ausgelost werden. Zu Beisitzerin wurden gewählt die Kolleginnen Borsdorf und Nordmann, zu Revisoren die Kolleginnen Schafrau, Westendorf und Kollege Melzer. Zum Punkt Tarifangelegenheiten nahm nur Kollege Stolte das Wort. In seinem wohlbüroden Vortrage fanden die Vorteile, welche der Reichstag uns bringt, voll zur Geltung. Der Punkt Verschwendes brachte nichts Erhebliches, so daß die interessante Versammlung um 12 Uhr ihr Ende erreichte.

Berlin. Am 21. Januar 1921 fand eine Mitgliederversammlung statt, um zu der Frage "Amsterdam oder Moskau?" Stellung zu nehmen. Da zu dieser Versammlung außerordentlich agitiert worden war, war der Saal überfüllt, so daß ein Teil der Kollegen unterbrechen mußte. Für Amsterdam sprach Emil Barth von der U.S.D. In seinem anderthalbstündigen Vortrage fand er geschickt er die Reden des Genossen Smirnow, die dieser auf dem Parteitag der U.S.R. in Höhe gehalten hatte, ging dann auf die Tätigkeit der U.S.P. näher ein, um den Beweis zu erbringen, daß deren Taktik nur zur Zersetzung der Gewerkschaften führen müsse usw. Für Moskau sprach der Genosse Brandler von der U.S.P., ebenfalls anderthalb Stunden. Er schilderte die Entwicklung der Gewerkschaften in England, als dann die Formen und Kampfmethoden der deutschen Gewerkschaften und den Werdegang der russischen Revolution. Er ging auf die Arbeiten Barths hingewiesen, die Russland Gewerkschaftsinternationale näher ein und war der Auffassung, daß die Frage Amsterdam oder Moskau ganz anders beurteilt werden müßte. Diese Frage ließ keine Parole, sondern der Ausdruck zweier ganz bestimmter Richtungen über die Fortführung der Revolution. Redner schloß seinen Vortrag mit den Worten: "Mit Moskau für die Revolution, mit Amsterdam für den Kapitalismus". Nachdem noch zwei Kollegen für Amsterdam gesprochen hatten, wurde ein Schlussantrag angenommen. Es lagen zwei Resolutions vor. Eine vom Kollegen Krammirei für Moskau und Entsendung eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress in Moskau zu informatorischen Zwecken. Eine zweite Resolution des Kollegen Gustav Grobmann trat für die Gewerkschaftsinternationale Amsterdam ein. Mit überwogender Mehrheit wurde die Resolution Krammirei angenommen. Unter Abstimmung der Interne nationale sandte die imposante Versammlung ihr Ende.

¶¶ Aus unseren Zahlstellen ¶¶

Asherothen. Am 18. Januar tagte unsere diesjährige erste Mitgliederversammlung im "Welt" Preußen. Lebhaft war der Besuch nur möglich trotz der großen Wichtigkeit der Tagesordnung. Als Entschuldigung könnte nur das schlechte Wetter - es regnete in Strömen und der Sturm peitschte durch die Straßen - gelten. Das soll natürlich kein Ansporn sein, beratliche Gründe als maßgebend zu betrachten; davor bewahren uns der Himmel. Nein! Die heutige Forderung an ganze Menschen und ein festes Zusammenhalten, und gerade jetzt, angefacht des Widerstandes der Firma G. C. Westphal, den Reichsbund anzuerkennen, darf Loyalität und Interessenlosigkeit nicht eingreifen. So sollte auch das schlechteste Wetter an dem ersten Willen der Kollegen und Kolleginnen nichts ausrichten dürfen. Die Tagesordnung bestand aus den vier Punkten: Tarifangelegenheiten, Jahresbericht der Kassiererin und Bericht vom vierten Quartal, Vorstandswahl, Verabschieden. Punkt 1 mußte zurückgestellt werden, da der Referent zu früh erschien. Der Vorsitzende gab den Bericht über das alte Jahr. An seiner Ansprache führte er etwa folgendes aus: Die Erfolge, welche wir im Laufe des verflossenen Jahres dank unserer Geschlossenheit und

Braunschweig. In der Mitgliederversammlung am 7. Januar gab Kollege Sparenberg einen ausführlichen Bericht über das vergangene Jahr. Er stellte u. a. nochmals den Tatsatz und sagte, daß für dieses Jahr noch bedeutendes, auch in tariflicher Hinsicht, zu erwarten sei. Durch die Abstimmung ist noch nicht alles geklärt. Es muß jedem zur Pflicht gemacht werden, alle Vorstandsmitglieder beim Vorstand zu melden, damit da eingegriffen werden kann, wo es nötig ist. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der Kollege Sparenberg als 1. Vorsitzender wiedergewählt, ebenfalls der Kollege Hörmann als Kassierer. Sodann berichtete Kollege Sparenberg von der Verhandlung mit den Prinzipialen. Da in einzelnen Betrieben noch große Differenzen bestehen, ersuchte er die Mitglieder, die Abmachungen anzunehmen. Für das Steinbruchpersonal wird später noch verhandelt werden. Kollege Sparenberg wies darauf hin, daß noch eine Blechdruckerei und zwei Tüntensabten am Orte seien, mit denen er sich sofort in Verbindung setzen will, damit auch diese Kollegen und Kolleginnen zu ihrem Meiste kommen. Unter Verchiedenes brachte man allerlei Wünsche zum Ausdruck. Zum Schlusse bemerkte Kollege Sparenberg, daß es fast so scheine, als ob man jetzt von gewisser Seite daran gehen wolle, die Gewerkschaften zu zerstreuen. Er gab dem Wunsch Ausdruck, daß sich niemand zu dem verbandsähnlichen Treiben hergeben werde. Es soll seinem der Munt verschlossen sein, jeder könne seine Meinung äußern, ganz gleich, welcher Parteidrichtung er angehöre. Vor allen Dingen aber müssen wir einig und geschlossen sein gegen unseren Erbeind, den Kapitalismus. Unsere vornehmste Pflicht ist es, die uns noch fernstehenden aufzurütteln, damit sie endlich begreifen lernen, wohin sie gehören. Mit diesem Mahnrat wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Breslau. Ordentliche Generalversammlung am 13. Januar 1921. Der Vorsitzende Kollege Nelsmann eröffnete die Versammlung mit einem Nachruf für den verstorbene Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Legien, dessen Amtsentfernung durch Erheben von den Plänen geahndet wurde. Hierauf erhielt das Wort zunächst der Gauleiter Kollege Reinhold zum ersten Punkt der Tagesordnung: Tarifseinführung. Da der Vertreter des Kreises IX der Prinzipale Protest eingelegt hat, so sind die neuen Lohnsätze zum großen Teil noch nicht gezahlt worden. Die baldige Regelung dieser Angelegenheit wurde jedoch vom Kollegen Reinhold zugesagt. Sie ist inzwischen erledigt worden. Dem Steinbruchpersonal sollte auch eine Erhöhung seines Lohnes bekanntgegeben werden. Mit der Zeit werden die Breslauer Steinbrudereihen zu der Erkenntnis gelangen, daß ihr Personal auch eine Daseinsberechtigung hat. Die Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren ergab folgendes Resultat: Gewählt wurden als erster Vorsitzender Kollege Reichmann, als zweiter Vorsitzender Kollege Kraut, als Kassierer Kollege Hohaus, als erster Schriftführer Kollege Krusch, als zweite Schriftführerin Kollegin Maiwald, als Beisitzer Kollege Krichelius und Kollegin Hoss und als Revisoren die Kollegen Döring, Pfeiffer und Stieß. Nach Feststellung der Remunerierung des Vorstandes lag der Antrag des Gewerkschaftsrates, die Bewilligung von 20.-Mt. pro Mitglied als Geschenk für den Erweiterungsbau des Gewerkschaftshauses vor. Leider wurde dieser Antrag unter vollständiger Verkenntnis der Verhältnisse, trotzdem wir so nötig ein Bureau für unsere Geschäftsführung brauchen, abgelehnt. Unter "Verschlebungen" wurden noch einige örtliche Angelegenheiten erlebt und auf die bevorstehende Landtagswahl hingewiesen, bei welcher jeder seinen Mann zu stellen hat.

Düsseldorf. Generalversammlung am 19. Januar. Zuerst gedachte der Vorsitzende des Abteilungs des Verwalters des Volkshauses, Genossen Ludwig Schmidt, in ehrenden Worten, worauf die Versammlung das Amtsentfernen in üblicher Weise erklärte. Dann wurde der Ausschluß von 15 Mitgliedern vollzogen, welche anfangs des Buchdruckerstreits Solidarität übten, aber bald darauf abstießen und so unteren ausgesperrten Mitgliedern in den Rücken fielen. Bemerkte wurde hierbei, daß die Christlichen sich um diese Leute hier bereichert haben, obwohl nur der Vertreter der hiesigen Fabrik des graphischen Centralverbandes erklärt hatte, daß selbstverständlich diese Leute auch in ihrer Organisation keinen Platz finden. Wie "stark" die Christlichen hier übrigens sind, dafür ein Beispiel. Im Tageblatt stand ein Hilfsarbeiter vom graphischen Zentralverbanden. Während des Streits erhielt er von seiner Geschäftsführung den Auftrag, nach dem "Düsseldorfer Nachrichten" arbeiten zu gehen. Der Kollege verwelgerte diese Arbeit mit Recht und die Folge war seine sofortige Entlassung. Der Vorstand der hiesigen Zahlstelle des graphischen Zentralverbandes kümmerte sich aber nicht um ihn, überließ ihn vielmehr seinem Schicksal. So geht die Arbeit dort munter fort. Wir empfehlen den Christlichen, anstatt sich mit Streitbrechern gleichzustellen, lieber für die Rechte ihrer Mitglieder einzutreten. Des weiteren wurde auf die Einführung des Reichstatthafts aufmerksam gemacht und um strikte Durchführung erachtet. Überall, wo sich Widerstände zeigen, sollte man sofort die Ortsleitung davon in Kenntnis setzen, damit gegebenenfalls eingegriffen wird. Bei der Vorstandswahl trat die Verammlung einstimmig für die Wiederwahl des bisherigen 1. Vorsitzenden ein. Der 2. Vorsitzende, der Kassierer sowie der Schriftführer wurden ebenfalls einstimmig wiedergewählt. Als 2. Schriftführer wurde der Kollege Wilms gewählt; als Beisitzerinnen die Kolleginnen Pehsel, Pauls und Petermann. Zu Kassenrevisoren wurden bestimmt Kollegin Haffenberg und Kollege Kleber; zu Kartelldelegierten die Kollegen Wilms, Hanisch und Steuten. Als Stellvertreter die Kolleginnen Fürl und Fahnberger. Dann folgte der Bericht der Kassenrevisoren. Da

Beanspruchungen nicht vorlagen, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Zum Schlusse ermahnte der Vorsitzende nochmals, für das neue Jahr nun auch tatkräftig am Aufbau unserer Organisation mitzuwirken und für einen besseren Besuch der Versammlungen Sorge zu tragen.

Blanken (Wolgoland). Am 16. Januar 1921 im Gewerkschaftshaus, Schillergarten, stattgefundenen Generalversammlung eröffnete der 1. Vorsitzende, Kollege Kiewel, den Jahresbericht. Er betonte, daß das vergangene Geschäftsjahr ein bedeutsames, arbeitsreiches gewesen ist. Insbesondere war es möglich, für die Kollegen bedeutende Lohnherhöhungen durchzuführen. Daraus erwähnt den Mitglieder die Pflicht, auch ferners hin zu der Organisation zu stehen. Denn nur durch ein geschlossenes Handeln ist es möglich, weitere Lohnherhöhungen zu erringen. Nachdem Kollege Fischer den Jahresbericht und Kollege Kiewel den Kartellbericht gelesen hatten, nahm man die Neuwahl des gesamten Vorstandes vor. Kollege Kiewel, Fischer und Spigner wurden einstimmig wiedergewählt. Als Revisoren wählte die Versammlung die Kollegen Pöggel und Havelscheid, als Kartelldelegierte Kollegen Gerstner und die Kollegin Petzschke und in das Graphische Kartell die Kollegen Gerlinger, Kiewel und die Kollegin Perschke. Mit einem lebhaften Appell an alle Kolleginnen und Kollegen, sich auch in Zukunft lebhaft an der Gewerkschaftsbewegung zu beteiligen, schloß der Vorsitzende Kiewel die Versammlung.

Potsdam. Außerordentliche Generalversammlung am 6. Januar. Kollege Hoppe gab einen kurzen Bericht über das vergangene Jahr. Mit 65 Mitgliedern wurde die Zillste Potsdam-Nauen gegründet. Sie zählt heute 76 Mitglieder. Es wurden 12 Mitgliederversammlungen, 12 Vorstand- und 4 kombinierte Sitzungen abgehalten. Leider hatten wir einen Todesfall zu beklagen. Kollege Schabrod gab den Kassenbericht. Die Kasse wurde von den Revisoren viermal revidiert und in bester Ordnung befunden, worüber dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Kollege Hoppe, 2. Vorsitzender: Kollege Schulz. Als Kassierer wurde Kollege Schabrod einstimmig wiedergewählt. Schriftführer: Kollege Nollendorf, als beider Stellvertreter Kollegin Märchen Seitter, Kassenrevisorin die Kollegen Schulz, Grundmann und Vanbt.

Saalfelden-Schöttmar. Am 20. Januar fand im Saal "Stadt Bremen" die erste Versammlung der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen statt, die, nachdem alle Vorarbeiter gründlich erledigt waren, auch auf besucht war. Kollege Spahl referierte über den "Arbeit und Ruhm der Organisation". Die Kollegenschaft folgte den Ausführungen mit regstem Interesse und der reiche Beifall zeigte, daß ihnen Kollege Spahl so recht aus dem Herzen gesprochen hatte. Ein anwesender Buchdrucker unterstrich die Ausführungen noch besonders. An der Ausprache kamen verschlebene Missstände am Orte zum Ausdruck. Bis heute sind hier nicht mal Feiertage bezahlt worden. Es ist also noch vieles nachzuholen. Beschllossen wurde, eine Zahlstelle zu gründen. Als Vorsitzender wurde der Kollege Hermann Koch, Schöttmar, Leichterstr. 8, zum Kassierer Kollegen Schönherrn Dertwinkel, Schafstall, Schillerstr. 7 pt, als Schriftführer Kollege Friedrich Böse gewählt. Kollegin Spahl riette zum Schlus mahnende Worte an die Anwesenden, nun aber auch fest anzunehmen und damit auch in Saalfelden endlich tarifliche Verhältnisse eingeführt werden können. Beslossen wurde, den Lokalzuschlag auf 40 Pf. festzusetzen.

Abschließungen

Abschließungen des 4. Quartals gingen ein:

Gau Berlin: 84.514,20 Mark.

Gau 4 (Nürnberg): Ansbach 1142,55, Bamberg 410,45, Bayreuth 906,95, Erlangen 275,40, Hof a. Saale 335,35, Coburg 94,35, Kulmbach 241,85, Nürnberg-Fürth 28,640,35, Sulzbach 175,75, Würzburg 2642,25, Einzelmitglieder 321.— Mark.

S. Bodahl.

Gingegangene Druckschriften

"Die Versammlung des Kreisstaates Preußen vom 20. November 1920." Herausgabe mit Register, einseitig und erläutert von Paul Hirsh. Preis 2,50 Mark. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Die kommunalpolitische Zeitschrift der U.G.W., "Die Sozialistische Gemeinde", bringt in ihrem 8. Jahrgang eine Fülle anregender Artikel, die für die bevorstehende reiche kommunale Arbeit bereites Zeugnis ablegen. Preis der Einzelnummer 1.— Mt. Bestellungen bei allen Postanstalten und Parteibuchhandlungen.

"Der Führer", Monatsschrift für Führer und Helfer der Arbeiterjugendbewegung, erscheint am 15. jeden Monats und kostet jährlich 12.— Mt. Einzelnummer 1,20 Mt. Zu beziehen durch die Post oder durch den Verlag Aug. Albrecht, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

"Wohnungslosenstadt gegen Wohnungsnott." Von Wilhelm Engler. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 1,80 Mt.

Die vorliegende Schrift des Genossen Engler behandelt die Wohnungsfrage ausführlich. Sie weist nach, daß das private Kapital bei der Nebbung der Wohnungsnott unter den heutigen Verhältnissen unbedingt verdrängt werden muss und daß nur die gemeinschaftliche Verwaltung nicht nur des Bodens, sondern auch des Wohnungswesens, Hilfe bringen kann.

Vom Verband der Deutschen Buchdrucker. Protokoll der zehnten Generalversammlung, Berlin, Selbstverlag

"Der Hund", vom Standpunkt des Hundes von Th. Bell. Preis gebunden 12.— Mt. brosch. 9.— Mt. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Anzeigen

Bahlstelle Berlin. Eröffnung der Bibliothek am Montag, den 31. Januar, 1/2 Uhr. Ohne Mitgliedsbuch keine Bücher!

Die Bibliothek-Kommission.
Otto Bleich.

Unser lieben Kollegin Maria Busch nebst ihrem Bräutigam Justus Höller zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Bahlstelle Groß-Steinheim.

Unserer lieben Kollegin Kathi Gesele nebst ihrem Bräutigam Otto Nehfeld die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung.

Die Kolleginnen und Kollegen der Bahlstelle Dissen a. R.

Nachruf.

Am 1. Oktober 1920 verstarb unsere liebe Kollegin, die Hilfsarbeiterin

Elsa Hübel

(i. Fa. Hesse & Becker)

im Alter von 28 Jahren.

Am 8. Oktober 1920 verstarb unser Kollege, der Hilfsarbeiter

Franz Fleischmann

(i. Fa. Oskar Brandstetter)

im Alter von 67 Jahren.

Am 4. November 1920 verstarb unsere Kollegin, die Hilfsarbeiterin

Margarete Rothe

(i. Fa. Giesecke & Devrient)

im Alter von 45 Jahren.

Am 17. November 1920 verstarb unser Kollege, der Hilfsarbeiter

Hermann Rühne

(i. Fa. Brochhaus, Steinbrück)

im Alter von 58 Jahren.

Am 4. Dezember 1920 verstarb unsere Kollegin, die Hilfsarbeiterin

Anna Dieck

(i. Fa. Meissner & Buch)

im Alter von 21 Jahren.

Am 4. Dezember 1920 verstarb unsere Kollegin, die Anlegerin

Bertha Grahl

(i. Fa. Bibliographisches Institut)

im Alter von 26 Jahren.

Am 6. Dezember 1920 verstarb unsere Kollegin, die Anlegerin

Anna Röhler

(i. Fa. Hartmann & Wolf)

im Alter von 20 Jahren.

Am 19. Januar 1921 verstarb, von einer heimlichen Krankheit befallen, nach langen, schweren Leiden unser lieber Kollege, langjähriger Funktionär, Mitglied seit 1908

Hermann Althoff

(i. Fa. Breitkopf & Härtel)

im Alter von 80 Jahren.

Am 19. Januar 1921 verstarb unsere liebe Kollegin, die Schriftlegerin Arbeiterin

Minna Deyer

(i. Fa. Scheler & Giesecke)

im Alter von 62 Jahren.

Am 21. Januar 1921 verstarb unsere Kollegin, die Anlegerin

Clara Heilig

(i. Fa. Schumann & Vogel)

im Alter von 21 Jahren.

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Bahlstelle Leipzig.

Nachruf.

Am 6. Januar 1921 verschied nach langem, schweren Leiden unsere langjährige Kollegin

Johanna Wissler

(i. Fa. Burger)

im Alter von 85 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihre

Die Bahlstelle Augsburg.